

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: VO/6018/2017
	Status: öffentlich
	Datum: 13.12.2017
Antragstellende Fraktion/en: Marburger Linke	

Beratungsfolge:		
Gremium	Zuständigkeit	Sitzung ist
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung	Vorberatung	Öffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Keine weiteren Abschiebungen nach Afghanistan und Pakistan

Beschlussvorschlag:

1. Die Marburger Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, keine weiteren Abschiebungen nach Afghanistan und Pakistan durchzuführen. Es ist grausam, Menschen, die vor Krieg und Elend geflüchtet sind und sich hier ein neues Leben und einen neuen Beruf aufbauen, wieder in eine existenzbedrohende Situation zurück zu schicken.
2. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, seine Handlungsspielräume zu nutzen, um Abschiebungen zu verhindern.
3. Die Stadtverordnetenversammlung kritisiert insbesondere die Praxis, dass Termine in der Ausländerbehörde dazu genutzt werden, Menschen direkt abzuschieben.

Begründung:

Am 1. Dezember wurde wieder vom Frankfurter Flughafen aus eine Massenabschiebung von Menschen nach Afghanistan vorgenommen, die zum Teil schon Jahre in der Bundesrepublik leben. Am 6. Dezember wurde bekannt, dass ein Pakistani, der in seiner Heimat verfolgt wurde und seit Jahren in der Region lebt und eine Ausbildung macht, nach einem Beratungsgespräch abgeschoben wurde. Die geschilderten Umstände sind unmenschlich und entwürdigend. Menschen, die sich hier eine neue Existenz aufbauen, werden so in lebensbedrohliche Situationen geworfen. Dies sind zwei aktuelle Beispiele. Die Stadtverordnetenversammlung kann dem nicht wort- und tatenlos zusehen.

Renate Bastian
Henning Köster-Sollwedel

Roland Böhm
Elisabeth Kula

Tanja Bauder-Wöhr
Inge Sturm

Jan Schalauske Jonathan Schwarz